

Allgemeine Geschäfts- und Lieferungsbedingungen (AGB)

der Fa. LEWELL Kartonagen GmbH

1. Allgemeines, Zustandekommen des Vertrags, Auftragsbestätigung

Diese AGB sind Bestandteil aller von uns und mit uns eingegangener Rechtsgeschäfte. Anderslautende AGB unserer Geschäfts- und Vertragspartner werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, jene werden von uns ausdrücklich im Einzelfall anerkannt. Einer gesonderten Ablehnung durch uns bedarf es nicht. Unsere vertragliche Bindung kommt erst mit Erteilung unserer schriftlichen Auftragsbestätigung zustande. Deren Inhalt ist für den jeweiligen Vertrag ausschließlich maßgebend. Bei Sukzessivlieferungsverträgen genügt unsere erstmalige Bestätigung. Bestätigte Aufträge sind von unserem Geschäftspartner (im folgenden: GP) unwiderruflich anerkannt, es sei denn er widerspricht schriftlich binnen 6 Tagen nach Zugang der Auftragsbestätigung.

2. Vereinbarungen mit unseren Angestellten und Reisenden

Sämtliche Absprachen mit unseren Angestellten und Reisenden erlangen nur Wirksamkeit, wenn sie unsererseits schriftlich bestätigt werden. Mündliche, fernmündliche und telegrafische Absprachen sowie Faxnachrichten des Geschäftspartners werden für uns nur verbindlich mit unserer schriftlichen Gegenbestätigung.

3. Markenschutz

Der GP versichert hiermit seine Berechtigung hinsichtlich der uns zur Ausführung des Auftrages überlassenen warenspezifischen Formen, Farben, Zeichen und der Kombinationen hieraus. Falls durch die Verwendung dieser Formen, Farben, Zeichen und der Kombinationen hieraus im Rahmen unserer auftragsgemäßen Tätigkeit ggf. dennoch Warenzeichen-, Gebrauchs- und Geschmacksmusterrechte verletzt worden sein sollten, stellt uns der GP von sämtlichen, im Hinblick hierauf an uns herangetragenen Ansprüchen in voller Höhe frei.

4. Preise, Gefahrübergang, Versand, Lieferzeit und Abnahme der Ware („just in time“)

Unsere Preise sind freibleibend. Die Gefahr geht auf unseren GP über, sobald die Ware das Herstellerwerk verlässt, auch wenn frachtfreie Lieferung vereinbart ist. Der Versand erfolgt grundsätzlich auf Rechnung und Gefahr des GP bzw. Bestellers. Vereinbarte Lieferzeiten werden möglichst eingehalten. Jegliche Schadensersatz- und sonstigen Ansprüche aus etwaigem Lieferverzug sind einvernehmlich abbedungen, die gerichtliche Geltendmachung ist ausgeschlossen. Eine Vereinbarung über eine etwaige Kulanzregelung für schuldhaften Lieferverzug bleibt vorbehalten. Alle Ereignisse höherer Gewalt, insbesondere Betriebsstörungen, Ausstände gleich welcher Art und Ursache, Mangel an Betriebs- und Rohstoffen usw. entbinden uns von allen Verpflichtungen ohne dass wir zum Schadensersatz oder zur Nachlieferung verpflichtet sind. Werden Waren von unserem Lager zur ausschließlichen Verfügung des GP bereit gehalten oder zur Anfertigung ohne Versandbestimmung verkauft (Abrufposten) so hat sie der Käufer/GP innerhalb von maximal 6 Monaten nach Meldung der Fertigstellung abzunehmen.

5. Teillieferungen

Nach branchenmäßigen Erfordernissen verpflichtet sich der GP zur Abnahme etwa erforderlicher werdender Teillieferungen.

Wir behalten uns folgende Mehr- oder Minderlieferungsmöglichkeiten vor, die auch für Ersatzlieferungen gelten (dies gilt nicht für Standardfaltkisten):

bis 200 Stück:	40 %
ab 200 bis 500 Stück:	30 %
ab 500 bis 2000 Stück:	20 %
über 2000 Stück:	10 %

Bei Teillieferungen dürfen wir den Spielraum nach unserem Ermessen auf Einzellieferungen verteilen.

6. Zahlungsbedingungen

Ab Auftragserteilung sind folgende Zahlungsbedingungen vereinbart:

14 Tage nach Rechnungsdatum:	2 % Skonto
30 Tage nach Rechnungsdatum:	rein netto

Mit Verzugsbeginn sind unsere gesamten Forderungen automatisch voll fällig, auch bis dahin etwa gestundete Verpflichtungen des GP. Bei Zahlungszielüberschreitung von über 60 Tagen sind Verzugszinsen in Höhe von 1,5% p.m. aus den fälligen Rechnungsbeträgen vereinbart. Für gestundete Forderungsteile sind Zinsen in Höhe von 2% über dem jeweiligen Diskontsatz der Europ. Zentralbank ab Stundungsbeginn fällig. Einer gesonderten Mahnung insoweit bedarf es nicht.

Wechsel werden stets nur vorbehaltlich des richtigen und vollständigen Eingangs angenommen; sie gelten erst ab erfolgter richtiger Einlösung als Zahlung. Sie können jederzeit ohne Begründung zurück gereicht werden. Werden Tatsachen bekannt, die die Kreditwürdigkeit des GP beeinträchtigen, so können wir nach unserem Ermessen die Stellung weiterer angemessener Sicherheiten verlangen oder vom Vertrag zurücktreten.

7. Mängelrügen

Mängelrügen sind nach unverzüglicher Prüfung durch den GP mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns sofort nach Eintreffen am Bestimmungsort schriftlich, bei uns eingehend bis spätestens 5 Tage nach Lieferung zu erheben (§§ 377 I HGB, 187 II, 188 I BGB). Nach Ablauf dieser Frist gilt die Ware als genehmigt. Bei Unterbleiben o.a. Prüfung oder verspäteter Mängelanzeige ist jegliche Gewährleistungspflicht unsererseits für Mängel der Ware ausgeschlossen. Auch mangelhafte Ware ist mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns zu behandeln. Untersuchungspflicht besteht auch dann, wenn Ausfallmuster übersandt sind.

Für verborgene Mängel, die bei unverzüglicher Untersuchung nicht sofort zu entdecken sind, kann eine Haftung nur mit schriftlicher Mängelanzeige binnen 3 Monaten (§ 188 II BGB) nach Erhalt unserer Ware bei uns geltend gemacht werden. Für die Beurteilung von Mängeln kommt es nicht auf einzelne Stücke, sondern auf den Durchschnittsausfall der gesamten Lieferung an. Bei von uns anerkannter Reklamation liefern wir nach unserer Wahl Ersatz oder leisten entsprechende Gutschrift. Irgendwelche darüber hinaus gehenden Ansprüche des GP sind ausgeschlossen. Branchenübliche Qualitäts-, Stärke- und Farbabweichungen, sowie Mehr- oder Minderlieferungen lt. Punkt 4 dieser AGB sind handelsüblich und gelten somit nicht als Mangel.

8. Eigentumsvorbehalt

Die gelieferten Waren verbleiben bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher unserer Forderungen gegen den GP aus der gesamten Geschäftsverbindung einschließlich der künftig entstehenden Forderungen auch aus gleichzeitig oder später abgeschlossenen Verträgen unser Alleineigentum. Das gilt auch dann, wenn einzelne oder unsere sämtlichen Forderungen in eine laufende Rechnung aufgenommen wurden und der Saldo gezogen und anerkannt ist.

Der GP ist zur Weiterveräußerung der Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang nur dann berechtigt, wenn er uns hiermit schon jetzt alle Forderungen abtritt, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen Abnehmer oder gegen Dritte erwachsen. Wird Vorbehaltsware unverarbeitet oder nach Verarbeitung oder Verbindung mit Gegenständen, die ausschließlich im Eigentum des Käufers stehen, veräußert, so tritt der Käufer schon jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen in voller Höhe an uns ab. Wird Vorbehaltsware vom GP nach Verarbeitung, Verbindung, Vermischung oder Vermengung zusammen mit uns nicht gehörender Ware veräußert, so tritt der GP schon jetzt die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen in Höhe des Wertes der Vorbehaltsware mit allen Nebenrechten im Rang vor dem Rest ab. Wir nehmen bereits hiermit die jew. Abtretung an. Zur Einziehung dieser Forderungen ist unser GP auch nach Abtretung ermächtigt. Unsere Befugnis, die Forderungen selbst einzuziehen bleibt hiervon unberührt. Wir verpflichten uns hiermit jedoch, die Forderungen nicht einzuziehen, solange der GP seinen Zahlungs- und sonstigen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt. Nach unserem Ermessen können wir verlangen, dass der GP uns die abgetretenen Forderungen und die entsprechenden Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazu gehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldnern die Abtretung offen legt.

Eine etwaige Be- oder Verarbeitung der Vorbehaltsware nimmt der GP für uns vor, ohne dass uns hieraus Verpflichtungen entstehen. Bei Verarbeitung, Verbindung, Vermischung oder Vermengung der Vorbehaltsware mit anderen, nicht dem GP gehörenden Waren steht uns der dabei entstehende Miteigentumsanteil an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zu der übrigen verarbeiteten Ware zum Zeitpunkt der Verarbeitung, Verbindung, Vermischung oder Vermengung zu. Erwirbt der GP das Alleineigentum an der neuen Sache, so sind sich die Vertragspartner darüber einig, dass der GP uns im Verhältnis des Wertes der verarbeiteten, bzw. verbundenen, vermischten oder vermengten Vorbehaltsware Miteigentum an der neuen Sache einräumt und diese unentgeltlich für uns verwahrt.

Wird im Zusammenhang mit der Bezahlung des Kaufpreises durch den GP eine wechselfähige Haftung des GP begründet, so erlischt der Eigentumsvorbehalt sowie die diesem zugrunde liegende Forderung aus Warenlieferungen nicht vor Einlösung des Wechsels durch den GP als Bezogenen.

Wenn der Wert der bestehenden Sicherheiten die zu sichernden Forderungen um mehr als 20 % übersteigt, so sind wir auf Verlangen des GP insoweit zur Freigabe verpflichtet.

Wir sind berechtigt, jederzeit die Herausgabe der uns gehörenden Gegenstände zu verlangen, insbes. die Rechte auf Aussonderung oder Abtretung des Anspruchs auf die Gegenleistung im Insolvenzverfahren geltend zu machen, wenn die Erfüllung unserer Forderung durch den GP gefährdet ist, insbes. über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder sich dessen Vermögensverhältnisse wesentlich verschlechtern. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie Pfändungen der Liefergegenstände durch uns gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag.

Bei Pfändungen sowie Beschlagnahmen der Vorbehaltsware oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter in unsere Rechte hat uns der GP unverzüglich zu benachrichtigen und in Abstimmung mit uns alles Erforderliche zu tun, um die Gefährdung abzuwenden. Soweit es zum Schutz der Vorbehaltsware angezeigt ist, hat der GP auf unser Verlangen Ansprüche an uns abzutreten. Der GP ist zum Ersatz aller Schäden und Kosten (einschl. Gerichts- und Anwaltskosten) verpflichtet, die uns durch Interventionsmaßnahmen gegen Zugriffe Dritter entstehen.

9. Erfüllungsort, Gerichtsstand, Schlichtungsvereinbarung und Teilnichtigkeit

Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus der Geschäftsbeziehung mit dem GP ist (streitwertabhängig) das Amtsgericht Lichtenfels, bzw. das Landgericht Coburg.

Die Vertragsparteien verpflichten sich mit Auftragserteilung und Auftragsannahme für den Fall von Streitigkeiten über Anwendung und Auslegung dieser AGB zwingend außergerichtlich eine Schlichtung mit Hilfe des jeweiligen Vorsitzenden Richters der Kammer für Handelssachen am Landgericht Coburg herbeizuführen. Jener Richter hat das Vorschlagsrecht zur Person des Schlichters. Die Schlichtung erfolgt auf Antrag einer Vertragspartei und ist nichtöffentlich. Vor Vorliegen des Schlichtungsvorschlages bzw. Vergleichsvorschlages ist der streitige Rechtsweg ausgeschlossen. Jede Partei kann einen Beistand als Verfahrensbevollmächtigten nach freier Wahl bestellen. Es gelten die Regeln von ZPO, RVG und der Gerichtskostenabgabe entsprechend.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen ganz oder teilweise nichtig sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser AGB nicht. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt automatisch eine Regelung, die dem wirtschaftlichen Sinn der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.